

Es informiert Sie	Herbert Auer
Telefon (0202)	563 6633
Fax (0202)	563 6263
E-Mail	herbert.auer@stadt.wuppertal.de
Datum	1325.07.1206

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit (SI/4407/06) am 06.12.2006

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Wilfried Josef Klein ,

von der CDU-Fraktion

Herr Jürgen Heinemann, Herr Jan Phillip Kühme (Vertretung für Herrn Fabian Bleck), Herr Günter Pott, Herr Rainer Spiecker, Frau Andrea Winterhager,

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert, Herr Thomas Kring, Herr Wilfried Michaelis, Herr Detlef-Roderich Roß (bis 17:41 Uhr),

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller (bis 17:41 Uhr),

von der FDP-Fraktion

Herr Manfred Todtenhausen (bis 17:39 Uhr),

als fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Grüneberg ,

berat. Arbeitnehmervertreter

Herr Martin Bröcker, Herr Uwe Meyer, Herr Reinhard Steins,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Christian Jageregger,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Stefan Dickten (Vertretung für Herrn Guido Blass), Herr Michael Klein ,

von der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer, Herr Siegfried Brütsch, Herr Dr. Rolf Dannemann, Herr Michael Drecker, Herr Werner Fischer, Herr Udo Hackländer, Frau Anja Hag, Herr Dr. Werner Henning, Herr Michael Kurth, Herr Ralf Loewen, Herr Joachim Rubert, Herr Thorsten Wagner(bis 17:39 Uhr), Herr Klaus Wolter ,

vom Personalrat

Herr Jörg Beier,

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Fabian Bleck (Vertretung durch Herrn Jan Philip Kühme),

als sachkundige Einwohner/in

Herr Guido Blass (Vertretung durch Herrn Stefan Dickten),

Schriftführer

Herbert Auer

Beginn: 16:00 Uhr

Ende öff. Teil 17:40 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Taubenproblematik

1.1 Vorstellung des "Augsburger Modells" durch den Tierschutzverein

Herr Bovermann stellt für den Tierschutzverein Wuppertal e.V. die Umsetzung des „Augsburger Modells“, das den Ausschussmitgliedern bekannt ist, in Moers vor. Wesentliches Merkmal des Projektes ist, dass für die Stadt selbst keinerlei Kosten entstehen, da sich die Initiative ausschließlich durch Spenden finanziert. Bau, Unterhaltung und Betreuung der Taubenhäuser/-schläge werden durch Beschäftigte in öffentlichen Arbeitsgelegenheiten durchgeführt. Die Beteiligung der Stadt Moers beschränkt sich darauf für das Projekt Kontakte herzustellen und bei der Auswahl geeigneter Standorte behilflich zu sein. Eigene Objekte konnte die Stadt Moers nicht zur Verfügung stellen, da im Innenstadtbereich lediglich das für diesen Zweck völlig ungeeignete Rathaus im Eigentum der Stadt ist.

In der anschließenden ausführlichen Diskussion, in der auch sozialpolitische Aspekte tangiert werden, kommt zum Ausdruck, dass dem Tierschutzverein Wuppertal e.V. nicht an einer finanziellen Beteiligung der Stadt, die aufgrund des nicht genehmigten Haushaltes (freiwillige Leistung) ohnehin nicht möglich wäre, gelegen ist, sondern vielmehr an einer aktiven Beratung und Begleitung eines solchen Projektes sowie der Bereitstellung geeigneter städtischer Objekte der Stadt oder ihrer Töchter.

Die Vorsitzende des Tierschutzvereins Wuppertal e.V., Frau Tempel, konkretisiert die Erwartungen des Tierschutzvereines: Sie erwartet von der Stadt Wuppertal, dass sie einen Dachboden in einem öffentlichen Gebäude an einem geeigneten Standort zur Verfügung stellt, in dem man einen Taubenschlag errichten könnte, um einen Einstieg in das Projekt zu bekommen. Der Tierschutzverein Wuppertal würde für diesen ersten Taubenschlag die komplette Finanzierung übernehmen. Die Betreuung des Schlages wäre durch die Taubengruppe sichergestellt. Nur wenn man an einer Stelle zeigen könne, dass es funktioniert, könnte man auch die Akzeptanz anderer Hausbesitzer gewinnen. Frau Tempel sieht die Stadt daher in einer Art Vorreiterrolle. Eine Liste von Objekten, die in Frage kommen könnten, ist von der Taubengruppe bereits erstellt worden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Wagner vom GMW, dass gemäß Prüfauftrag nur der Komplex Rathaus Barmen sowie einige weitere Gebäude im Innenstadtbereich und Standorte im Bereich des Wupperufers geprüft wurden. Herr Wagner bietet an, noch weitere Alternativen zu prüfen, die sich aus der vom Tierschutzverein vorgelegten Liste ergeben und auch den Kontakt mit den WSW herzustellen. Er weist jedoch darauf hin, dass für das GMW Maßnahmen, die beispielsweise dem Personenschutz in Gebäuden dienen, Priorität vor der Standortsuche für einen Taubenschlag/Taubenhaus haben.

Herr Hackländer schlägt dem Ausschuss vor, die Drucksache VO/0703/06 zu TOP 1.2 entgegen dem Beschlussvorschlag mit dem Zusatz: „Der Ausschuss schließt sich der Drucksache an, soweit finanzielle Auswirkungen oder Beteiligungen der Stadt betroffen sind. Private Initiativen werden positiv begleitet“ zu beschließen.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Zur VO/0703/06 wird entgegen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung (Entgegennahme ohne Beschluss) zu TOP 1.2 ein Beschluss gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung.

1.2 Sachstandsbericht Taubenhäuser
Vorlage: VO/0703/06

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Der Ausschuss schließt sich der Drucksache an, soweit finanzielle Auswirkungen oder Beteiligungen der Stadt betroffen sind. Private Initiativen werden durch die Stadt positiv begleitet.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

1.3 Anfrage der FDP-Fraktion
Vorlage: VO/0828/06

Herr Stv. Todtenhausen hat eine Nachfrage zur Anfrage. Auf Grund eines gelungenen Selbstversuches an der Taubenabwehranlage fragt er nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass die Taubenabwehranlage von einer Weidezaunanlage gespeist wird, die für größere Tiere konzipiert ist.

Die Frage konnte in der Sitzung nicht beantwortet werden; die Antwort der Verwaltung wird deshalb hier nachgereicht:

Die Taubenabwehranlage wird von mehreren kleinen Weidezaunanlagen gespeist, die von der Leistung her zur Einzäunung von Geflügel zugelassen sind. Tauben zählen nach § 1 Abs.3 Nr. 2 f Tierseuchengesetz zum Nutzgeflügel.

1.4 Antwort der Verwaltung
Vorlage: VO/0828/06 A1

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Die Antwort der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

2 Jahresabschluss 2005 des ESW
Vorlage: VO/1148/06

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Dem Rat der Stadt Wuppertal wird empfohlen gemäß vorgenannter Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2.1 Entlastung der Betriebsleitung

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Die Betriebsleitung des ESW wird für das Geschäftsjahr 2005 entlastet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

3 Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes ESW
Vorlage: VO/1151/06

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Dem Rat der Stadt Wuppertal wird empfohlen gemäß vorgenannter Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

4 Finanzwirtschaftlicher Zwischenbericht des ESW für das 3. Quartal 2006
Vorlage: VO/1190/06

Herrn Stv. Spiecker fragt nach, ob man die Einsparungen, die durch das im Vergleich zum Vorjahr mildere Klima im 4. Quartal entstehen werden schon quantifizieren kann. Herr Drecker führt aus, dass er die Einsparung prozentual noch nicht schätzen kann. Er geht jedoch davon aus, dass allein im Zeitraum vom 15.11.06 – 31.12.06 rund 2500 Tonnen Streusalz weniger als im Vorjahr ausgebracht werden müssten, sofern das Wetter sich hält. Zudem mussten bisher auch noch keine Bereitschaftsdienste angeordnet werden.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Der finanzwirtschaftliche Zwischenbericht des ESW für das 3. Quartal 2006 wird ohne Beschluss entgegen genommen.

5 **Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst sowie die dafür zu erhebenden Gebühren ab 01.01.2007**
Vorlage: VO/1138/06

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Dem Rat der Stadt Wuppertal wird empfohlen gemäß vorgenannter Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

6 **Neuorganisation der Untersuchungsämter in Nordrhein-Westfalen; Gründung einer Arbeitsgemeinschaft "Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper"**
Vorlage: VO/1009/06

Frau Stv. Siller fragt nach, ob steuerrechtliche Bedenken bestehen, da der Beschluss vorbehaltlich der steuerrechtlichen Unbedenklichkeit gefasst werden soll. Herr Hackländer führt aus, dass diese Bedenken zum Zeitpunkt des Erstellens der Beschlussvorlage hinsichtlich einer möglichen Mehrwertsteuerpflicht der Arbeitsgemeinschaft bestanden haben. Diese sind mittlerweile im Einvernehmen mit dem Finanzministerium ausgeräumt.

Zu den in der Beschlussvorlage festgeschriebenen Verpflichtungserklärungen führt Herr Dr. Henning aus, dass diese der Planungssicherheit in der Entwicklungsphase des Projektes dienen. Die vorliegende Beschlussvorlage liege gleich lautend auch den Entscheidungsgremien aller anderen Vertragspartner vor. Der Rat der Stadt Essen beispielsweise habe sie schon beschlossen.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Dem Rat der Stadt Wuppertal wird empfohlen gemäß vorgenannter Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7 **Sachstandsbericht Feuerwehrleitstelle Solingen - Wuppertal**
Vorlage: VO/1112/06

Herr Brütsch teilt mit, dass die Einweihung der gemeinsamen Leitstelle voraussichtlich am 12.03.07 stattfindet. Er ist sehr zufrieden mit der Entwicklung des Projektes. Auch die Zusammenarbeit mit den Solinger Kollegen entwickelt sich sehr gut.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung zur gemeinsamen Feuerwehrleitstelle Wuppertal – Solingen wird ohne Beschluss entgegen genommen.

8 Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten im feuerwehrtechnischen Dienst
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: VO/1130/06

8.1 Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten im feuerwehrtechnischen Dienst;
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN
vom 14.11.06
Vorlage: VO/1130/06/1-A

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom
06.12.2006:

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird ohne Beschluss entgegen genommen.

8.2 Oberstes Ziel bei der Arbeitsfähigkeit der Feuerwehr bleibt die Sicherheit
der Bürger!
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 06.12.2006
Vorlage: VO/1222/06

Frau Stv. Siller begrüßt die als Tischvorlage ausgelegte Resolution und bittet darum, diese möglichst schnell an das Finanzministerium weiterzuleiten.

Herr Hackländer bittet darum, die Resolution um den Halbsatz „die auch eine angemessene Vergütung umfasst“ zu ergänzen. Bisher gebe es keine gesetzliche Grundlage, auf der die freiwillig im Rahmen der Opt-Out-Regelung geleistete Mehrarbeit der Feuerwehrleute vergütet werden kann.

Herr Hackländer erläutert weiter, dass der Stadt bei Übernahme des Opt-Out-Modelles Mehrkosten i.H.v. rund 500.000 € pro Jahr entstehen. Alternativ müssten 37 neue Feuerwehrleute eingestellt werden, die jedoch auf dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und bis zum Auslaufen des Opt-Out-Modelles 2010 auch nicht zur Verfügung stehen werden. Die Neueinstellungen würden Kosten von über 2 Mio € jährlich verursachen.

Eine Übergangsregelung gibt es nicht. Der Innenminister hat festgestellt, dass es eine Opt-Out-Regelung, allerdings ohne Bezahlung, bis maximal 2010 geben darf. Da eine Umsetzung des EuGH-Urteils auch mit Neueinstellungen bis 2010 nicht möglich wäre, sind die Städte zwingend darauf angewiesen, dass eine Opt-Out-Regelung mit Bezahlung geschaffen wird, die auch über das Jahr 2010 hinausgeht. Bis zur Schaffung einer solchen Regelung wird ab 01.01.07 zunächst Mehrarbeit angeordnet, die dann auch entsprechend vergütet werden kann. Dies ist rechtlich jedoch längstens für einen Zeitraum von 6 Monaten möglich. In Erwartung einer baldigen Regelung wird zunächst Mehrarbeit bis zum 01.04.07 angeordnet.

Herr Hackländer rechnet mit einer über 90%igen Zustimmung der Wuppertaler Feuerwehrleute zur Opt-Out-Regelung.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom
06.12.2006:

Die vorliegende Resolution wird mit einer Änderung beschlossen.

Die Resolution wird in Verbindung mit der geforderten gesetzlichen Regelung um den Halbsatz „ die auch eine angemessene Vergütung umfasst“ ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

9 Quartalsbericht der Freiwilligen Feuerwehr III/2006

Vorlage: VO/1106/06

Der Vorsitzende zeigt sich erfreut über die weiterhin positive Entwicklung. Herr Stv. Heinemann dankt der Freiwilligen Feuerwehr für ihr Engagement im Rahmen des Volkstrauertages.

Beschluss des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit vom 06.12.2006:

Der Quartalsbericht der Freiwilligen Feuerwehr wird ohne Beschluss entgegen genommen.

10 Verschiedenes, Anfragen, Mitteilungen der Verwaltung

Freiwillige Feuerwehr Vohwinkel

Herr Brütsch berichtet über die Hintergründe des Umzuges der FF in die Räume in das Verwaltungshaus. Der bisherige Mietvertrag ist zum 31.01.07 gekündigt. Der Umzug wird von der FF akzeptiert.

Neueste Presseberichte über einen Neubau für die FF Vohwinkel beruhen wahrscheinlich auf Plänen von Studenten, die – von der Feuerwehr begleitet und beraten – im Rahmen ihrer Diplomarbeit eine Feuerwache konzipiert haben.

Umweltschutzzug

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Spiecker berichtet Herr Brütsch, dass die von einer Studentin erstellten Pläne zwecks Begutachtung und Kalkulation beim GMW sind.

Herr Brütsch betont, dass die Unterbringung des Umweltschutzzuges für die Feuerwehr Priorität vor dem Neubau einer Wache für die FF Vohwinkel hat.

Brandschutz-Informationstage im Rathaus

Herr Todtenhausen kritisiert den Verkauf von Rauchmeldern im Rahmen der Veranstaltung, da hierdurch Geschäftsleuten Konkurrenz gemacht wurde. Herr Brütsch führt aus, dass dieser Aspekt im Vorfeld berücksichtigt wurde. Ziel der Feuerwehr war es jedoch nicht in Konkurrenz zu Geschäftsleuten zu treten. Ziel der Feuerwehr ist es, Rauchmelder in möglichst viele private Haushalte zu bringen. Die Beratung sollte durch den direkten Verkauf unterstützt werden. Der Verkauf fand nicht statt, um Gewinne zu erzielen.